Stellungnahme

Grüne Jugend Schleswig-Holstein

Landessprecher*innen:
Denise Loop
Lasse Petersdotter

Schatzmeister:
Malte Krüger

Beisitzerin:
Yella Nicklaus

Frauen- und Genderpolitische Sprecherin: Kaja Kröger

Wilhelminenstr. 18
24103 Kiel
Telefon: 0431 / 59 33 812
http://gruene-jugend-sh.de

Stellungnahme zur schriftlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschuss des Landtages zu den Anträgen „Demokratie lebt von Beteiligung“ (Ds. 18/2532) und „Demokratie lebt von Vertrauen“ (Ds. 18/2557)

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4389

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Frau Schönfelder,

wir freuen uns, dass der Landtag die Initiative ergriffen hat und fraktionsübergreifend einen Antrag erarbeitet hat, sich des Problems anzunehmen. Die geringe Wahlbeteiligung ist selbstverständlich auch bei der Grünen Jugend ständiges Thema und wird kontrovers diskutiert. Dass die FDP den Antrag nicht unterstützt, ist bedauerlich. Eine Parteiübergreifende Zusammenarbeit bei dem Thema ist sinnvoll.
Für die Grüne Jugend Schleswig-Holstein ist eine differenzierte Betrachtung der niedrigen Wahlbeteiligung dabei von besonderer Bedeutung. Die Politikwissenschaft benennt häufig nicht die Lösung auf die Frage, sondern analysiert viel mehr verschiedene Gründe für eine Wahlenthaltung.
Die niedrige Wahlbeteiligung ist ein Vielschichtiges Problem, welches nur mit einem Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen eingedämmt werden kann.
In dem Antrag werden viele Möglichkeiten genannt, welche eine Steigerung der Wahlbeteiligung nach sich ziehen sollen. Einige dieser Maßnahmen sind dabei sehr deutlich festgelegt (I.1) andere wiederum sind sehr offen formuliert und sind keine konkreten Maßnahmen (I.6 oder II.10).
Im Folgenden sollen einige der genannten Maßnahmen näher betrachtet werden:

Die Grüne Jugend SH unterstützt die Vorschläge, welche für eine Vereinfachung der Wahlunterlagen sorgen. Auch eine besondere Förderung der Landeszentrale für politische Bildung ist in unserem Sinne. Damit muss aber auch eine konkrete Neuausrichtung des Landesbeauftragten für politische Bildung einhergehen. Ziel darf es nicht länger sein, hauptsächlich interessierte Bürger*innen zu informieren, sondern das Interesse und das Engagement in der Gesellschaft für politische Prozesse zu stärken. Die Förderung der parteinahen Stiftungen sollte auch dazu genutzt werden, eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Stiftungen und der Landeszentrale bei gemeinsamen Informationsveranstaltungen zu erreichen. Es kann nicht das einzige Ziel sein, alle Akteure der politischen Bildung zu fördern, sondern es muss auch eine Förderung gemeinsamer Projekte stattfinden.

Für eine bessere Kommunikation mit jungen Menschen ist der direkte Kontakt zu Politiker*innen wichtig. Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein spricht sich deshalb für eine Förderung von Diskussions- und Podiumsveranstaltungen an Schulen aus. Bei anstehenden Wahlen bemerken wir ein großes

Interesse der Schulen an solchen Veranstaltungen, was sich in der Anzahl an Einladungen zeigt. In der Zeit nach den Wahlen werden jedoch kaum Veranstaltungen an den Schulen angeboten, was die Kommunikation erheblich einschränkt. Momentan haben die parteinahen Jugendorganisationen enorme Hürden zu bewältigen, um mit den Schüler*innen in Kontakt treten zu können. Diese Hürden sollen vor allem für eine parteipolitische Ausgewogenheit sorgen, was jedoch teilweise zu einer erheblichen Einschränkung in der Zusammenarbeit führt. Gerade in diesem Bereich muss der Landtag einen Schwerpunkt setzen und neue Wege für eine Zusammenarbeit zwischen Parteien und Schulen finden. Natürlich ist die Grüne Jugend Schleswig-Holstein für politisch möglichst ausgewogene Veranstaltungen an den Schulen, Hierfür muss es eindeutige Regeln geben. Oft wissen die Schulen nicht, wie die Veranstaltungen aussehen dürfen und welche Zeiträume überhaupt in Frage kommen. Hier sieht die Grüne Jugend Schleswig-Holstein die Landeszentrale für Politische Bildung in der Pflicht, Informationen an die Schulen heranzutragen. Dabei sollte auch versucht werden, Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, eigene Veranstaltungen auf die Beine zu stellen und somit als eine Art Projekt, die Parteien oder ihre Jugendverbände einzuladen. Dadurch kann eine direkte Auseinandersetzung der Schüler*innen mit den Parteien gewährleistet werden.
Politische Bildung im Unterricht ist für viele Schüler*innen die erste Auseinandersetzung mit Politik. Hier muss ein geeigneter Rahmen gefunden werden, den Schüler*innen aufzuzeigen, was Politik für eine praktische Bedeutung für sie hat. Eine Auseinandersetzung mit der lokalen Politik ist dabei wünschenswert. Gerade Kommunalpolitiker*innen und Landes- sowie Bundestagsabgeordnete, in deren Wahlkreis die Schulen liegen, sind dafür geeignete Ansprechpartner*innen. Die Grüne Jugend SH sieht auch die parteinahen Jugendorganisationen in der Pflicht, politische Prozesse und Inhalte an junge Menschen heranzuführen. Leider werden die parteinahen Jugendorganisationen mit keinem Wort in dem Antrag erwähnt, was für die Förderung von politische Bildung bei jungen Menschen eine Zäsur ist. Auch der Verband politischer Jugend (VPJ) findet keine Erwähnung, obwohl dieser mit einer Erhöhung seiner Mittel im vergangenen Jahr aufgewertet wurde und damit ein erster Schritt erfolgt ist

Zu Punkt 9: Der Grünen Jugend SH ist nicht klar, inwiefern eine „offensiv ausgeschilderte“ Ausschilderung der Wahllokale aussehen soll und glaubt nicht das dieser Punkt eine wesentliche Veränderung der Wahlbeteiligung nach sich ziehen wird. Eine niedrige Wahlbeteiligung lässt sich nicht dadurch erklären, dass Bürger*innen nicht den Weg in die Lokale finden.

Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2012 gab es 27.701[1] ungültige Stimmen. Das entsprach ungefähr 2,1% der abgegeben Stimmen. Bei diesen ungültigen Stimmen werden einige Bewusst herbeigeführt worden sein. Andere wiederum werden aufgrund von Unkenntnis entstanden sein. Generell ist jedoch sichtbar, dass durch eine bessere Aufklärung dieser Wert nicht erheblich verändert werden kann. Der Verlauf der ungültigen Stimmen seit 1947 zeigt die über Jahrzehnte gesunkene Anzahl an ungültigen Stimmen. Der tiefste Stand der ungültigen Stimmen wurde 1983 erreicht. Seit der Wahl danach ist die Anzahl stetig gestiegen und liegt heute bei den oben erwähnten 2,1% oder 19.459 ungültige Stimmen. Das sind fast viermal mehr ungültige Stimmen als noch 1983, was jedoch nicht im Einklang mit der gestiegenen Anzahl von Wahlberechtigten liegt, welche lediglich um das 1,2 fache gestiegen ist. Für die Maßnahmen, welche in diesen Anträgen behandelt und geprüft werden sollen, muss also berücksichtigt werden, dass eine Vereinfachung der Wahlunterlagen (III.17) nicht zu einer relevanten Verbesserung des Verhältnisses zwischen gültigen und ungültigen Stimmen führen kann. Allerdings kann eine Herabsetzung von Hürden für eine verbesserte Teilnahme an den Wahlen sorgen, da Barrieren wegfallen und so ein verbesserter Anreiz besteht, sein Wahlrecht zu gebrauchen. Jedoch sind hier auch insbesondere die Partei gefordert ihre Programme in leichter und verständlicher Weise zu veröffentlichen.

Der vorgelegte Antrag zur Steigerung der Wahlbeteiligung geht bereits im Titel mit einer Anspruchshaltung voran: “Demokratie lebt von Beteiligung”. So wird suggeriert, dass sich mehr Menschen einbringen sollten, als es zurzeit tun. Und so bewegen sich die Antragssteller*innen auch ein stückweit in die falsche Richtung. Viele Menschen, aller Generationen, beteiligen sich an unserer Demokratie,

sie liegen damit allerdings häufig unter dem politischen Radar der Parteien und Fraktionen. Dies gilt insbesondere für das Engagement junger Menschen. Viel zu häufig werden wir als entpolitisierte Masse von konsumsüchtigen Smartphonejunkies dargestellt. Dieses Bild ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Meist wollen sich junge Menschen lediglich nicht am laufenden Prozess, so wie er geführt wird, beteiligen. Für eine stärkere Beteiligung ist eine glaubwürdige Politik mindestens so notwendig, wie das Abbauen von formellen Hindernissen. Es muss sich viel weniger der Rahmen, als das Bild selbst verändern. Die Piraten nennen ihren Antrag "Demokratie braucht Vertrauen", auch das geht in die falsche Richtung. Beide Anträge zusammen genommen, führen ans Ziel. Selbstverständlich lebt eine Demokratie von Beteiligung. Aber Beteiligung funktioniert nicht ohne Vertrauen. Als Grüne Jugend Schleswig-Holstein lehnen wir Teile des Maßnahmenkatalogs kategorisch ab (wie etwa die Online-Wahlen), andere halten wir für vollkommen wirkungslos (offensiv ausgeschilderte Wahllokale). Der Antrag ist in der Sache sinnvoll und mit Sicherheit auch gut gemeint, aber tatsächlich ist es eine Frage, wie Politik gemacht wird, die die Gesellschaft politisiert.

Mit freundlichem Gruß,
Malte Krüger und Lasse Petersdotter